



Medienmitteilung

Burgdorf, 20. Oktober 2017

Erstes grosses Legislaturziel erreicht

Mit 1319 beglaubigten und rund 60 noch nicht geprüften Unterschriften hat die Sozialdemokratische Partei SP heute zusammen mit dem Mieterinnen- und Mieterverband (MV) die Volksinitiative «Für bezahlbares Wohnen in Burgdorf» fristgerecht eingereicht. Als Vertreter der Stadtbehörden nahm Gemeinderat Theophil Bucher das Unterschriftenpaket in Empfang. Damit ist die Diskussion darüber lanciert, wie die Stadt günstigen Wohnraum erhalten kann und den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern soll.

Gestartet wurde die Volksinitiative vor ziemlich genau einem Jahr, um das Wahlversprechen der SP, sich für erschwinglichen Wohnraum für alle einzusetzen, zu konkretisieren. Ein städtisches Volksbegehren zustande zu bringen, ist kein Zuckerschlecken: 10 Prozent der Stimmberechtigten (aktuell: 1148) müssen es unterzeichnen. Dank einem grossen Effort in den Sommermonaten gelang es, diese hohe Hürde zu überspringen. Besonders ertragreich war die Sammelaktion an der Kornhausmesse, wo das Initiativkomitee Gastrecht am Stand genoss, den die Burgdorfer Wohnbaugenossenschaften betrieben, um sich der Bevölkerung vorzustellen. Aus ihren Kreisen erhielt die Initiative dann auch kräftigen zusätzlichen Support.

Günstigen Wohnraum schützen und schaffen

Die Stadt Burgdorf soll sich, gestützt auf den neuen Artikel 27 im Baureglement, «aktiv für die Erstellung und Erhaltung preisgünstiger und qualitativ hochwertiger Mietwohnungen» einsetzen, verlangt die Initiative. Ein Teil des Wohnraums, der neu entsteht – in der Regel mindestens ein Drittel –, soll dem gemeinnützigen Wohnungsbau in Kostenmiete vorbehalten sein, also in aller Regel genossenschaftlichen Wohnbauträgern.

Ähnliche, aber detaillierter formulierte Volksinitiativen sind in jüngster Vergangenheit in Bern und in Köniz – hier in Form eines gemeinderätlichen Gegenvorschlags – an der Urne klar gutgeheissen worden. Allerdings geht der Hauseigentümergeverband auf juristischem Weg gegen diese demokratischen Entscheide vor.

Der Fall Uferweg hat viele aufgeschreckt

Dass genossenschaftliche Wohnbauträger grosse Sympathien geniessen, war bei den Sammelaktionen auf Burgdorfs Strassen und Plätzen deutlich zu spüren. Viele PassantInnen unterschrieben ganz spontan, nicht zuletzt auch solche, die selber das Privileg haben, in einer Genossenschaftssiedlung zu Hause zu sein und somit nur so viel Miete bezahlen, wie nötig ist, um alle Unkosten zu decken. Aus den unzähligen geführten Gesprächen kann auch geschlossen werden, dass die Verknappung des Wohnungsangebots im preisgünstigen Segment auf dem Sorgenbarometer der BurgdorferInnen recht weit oben steht: «Diese Mietzinse kann man ja wirklich fast nicht mehr bezahlen», war oft zu hören.

Immer wieder aufs Tapet kam der Fall Uferweg, wo Altbauten mit günstigen Wohnungen, da mit vernünftigem Aufwand nicht sanierbar, durch Neubauten ersetzt werden. Dank zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und Intervention der damaligen Stadtregierung geschieht dies nun immerhin in viel sozialverträglicherer Weise als ursprünglich geplant. SP und MV wollen, dass die Stadt in Zukunft das Heft in die Hand nimmt, dem ersatzlosen Verschwinden günstiger Wohnungen systematisch entgegenwirkt und für familienfreundliche, sozial gut durchmischte neue Arealüberbauungen sorgt.

Steilpass für den Gemeinderat

Anlässlich der Übergabe der Unterschriften im Kirchbühl ergriffen die Stadtrats- und Initiativkomiteemitglieder Gabi Bannwart, Urs Geiser und Peter von Arb das Wort und beleuchteten kurz die Entstehungsgeschichte des Volksbegehrens und die politischen Erwartungen des Komitees. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, dass sich der Gemeinderat in seiner Legislaturplanung 2012–2016 für die Förderung gemeinnütziger Bauprojekte Grosses vorgenommen hatte, dann aber leider nichts davon verwirklichte. «Wir hoffen, dass die neue Stadtregierung den Steilpass, den wir ihr zuspiesen, abnimmt und die Chance nutzt», sagte Urs Geiser an Gemeinderat Theophil Bucher gewendet.

Die SP und der MV warten nun gespannt ab, ob sich der Gemeinderat mit der von der Initiative vorgeschlagenen Lösung anfreunden kann oder ob er eventuell andere Wege für erfolgsversprechender hält, um dem Grundanliegen – bezahlbarer Wohnraum für alle – gerecht zu werden. Weiterhin nichts zu tun, kann jedenfalls keine Option sein. Zwar herrscht in Burgdorf derzeit keine Wohnungsnot. Es gilt aber, einem sich verschärfenden Mangel an Wohnungen für Menschen mit schmalerem Budget vorzubeugen.



Sozialdemokratische Partei
Burgdorf

Postfach, 3401 Burgdorf
info@sp-burgdorf.ch
www.sp-burgdorf.ch

Je mehr spekulationsfreier Wohnraum, desto besser

Damit der Wohnungsmarkt funktioniert und alle ein geeignetes Obdach finden, braucht es selbstverständlich ein gutes Umfeld für private Investoren und institutionelle Anleger. Aber nicht nur dies, sondern auch eine bedarfsge- rechte Präsenz der öffentlichen Hand auf dem Liegenschaftsmarkt – Stichwort sozialer Wohnungsbau – und vor allem eben, nach dem Vorbild von Städten wie Biel, die gezielte Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger. Je stärker ihre Position beim Mietwohnungsangebot, desto grösser ist der zu erwartende preisdämpfende Effekt auf den übrigen Markt. Langfristig sind Genossenschaftswohnungen laut dem Fachverband durchschnittlich 15–20 Prozent günstiger als vergleichbare Objekte, die nicht der Kosten-, sondern der Marktmiete unterworfen sind.

Für Rückfragen:

Urs Geiser, 079 600 82 13; Peter von Arb, 076 572 88 62

